

„Die Saar auf dem Weg zur kleinen Wiedervereinigung“

von Lothar Köth

Dieses Ereignis, dessen 50. Jahrestag wir in diesen Tagen gefeiert haben, hat Dr. Heinrich Schneider in seinem bekannten Buch über die Saarabstimmung am 23.10.1955 als „Wunder an der Saar“ beschrieben. Als ich diesen Vortrag vorbereitet habe und die Geschehnisse und Entwicklungen in den Jahren 1945 – 1955 habe Revue passieren lassen, ist mir noch einmal deutlich geworden, wie treffend dieser Titel - Das Wunder an der Saar – von Dr. Heinrich Schneider gewählt worden war und die Ereignisse von damals kennzeichnet.

Über diese Zeit ist inzwischen von vielen Berufenen und Unberufenen, von Historikern, Politikern und Journalisten mit unterschiedlicher Zielsetzung berichtet worden. Ich möchte Ihnen aus meiner Sicht und von der Warte eines Zeitzeugen diese Jahre noch einmal in Erinnerung rufen, eines Zeitzeugen, der diese Jahre aufmerksam, aktiv mit heißem Herzen und großem Engagement für eine deutsche Zukunft unserer Heimat miterlebt hat.

Gestatten Sie mir zunächst ein paar kurze Angaben zu meiner Person: Ich bin Angehöriger des Jahrgangs 1927. Als Gymnasiast wurde ich 1943 Luftwaffenhelfer und dann mit 17 Jahren zum Kriegsdienst eingezogen. Bei der Kapitulation 1945 kam ich in russische Gefangenschaft. Als Spätheimkehrer habe ich dann 1949 das Abitur nachgeholt und anschließend an der Universität in Saarbrücken Rechtswissenschaft studiert. Im Jahre 1951 habe ich mich, noch vor ihrem Verbot, der DPS unter Dr. Heinrich Schneider und Richard Becker angeschlossen und habe im selben Jahr mit gleichgesinnten Studienkollegen u. a. Willi Spoerhase und Walter Henn, Namen, die seitdem in der DPS/FDP einen guten Klang haben, die Saarbrücker Burschenschaft Germania mit dem Wahlspruch „Gott, Ehre, Freiheit, Vaterland – Deutsch ist die Saar“ gegründet.

Wie hat sich nun die Situation damals für uns dargestellt: Nach Ende des Krieges im Mai 1945 war das Deutsche Reich nach Abtretung der deutschen Ostgebiete in 4 Besatzungszonen aufgeteilt. Die Siegermächte übten durch Militärregierungen die Staatsgewalt aus. Lediglich auf kommunaler Ebene erfolgte alsbald eine Einbindung der örtlichen Verwaltungen. Erste Maßnahmen waren zu treffen: Trümmerbeseitigung, Ausbau einer bescheidenen Infrastruktur, Versorgung mit Wasser, Strom und Gas, Herrichtung von Verkehrswegen, ernährungsmäßige Versorgung der Bevölkerung.

Aber es gab auch die Demontage der Schwerindustrie und der Hüttenwerke („Morgentau“ Plan) und es gab die Entnazifizierung. Es herrschten Hunger und Not, Zerstörung und Elend, Angst vor Verfolgung und Vertreibung. Das war der Hintergrund, als die Franzosen im Oktober 1946 eigenmächtig die Saarregion aus der französischen Besatzungszone ausgliederten. Frankreich reklamierte für sich als Form der Reparation die Ausbeutung der Gruben und Hütten. Für die staatseigenen Gruben wurde eine eigene Gesellschaft gegründet - Regie des mines de la Sarre -. Hütten und Stahlwerke in privatem Eigentum kamen unter Sequesterverwaltung. Ziel war die wirtschaftliche Beherrschung des Landes. Die Grenzen nach Ost und West wurden geschlossen. Eine zunächst gewollte Annexion des Landes durch Frankreich scheiterte aber am Widerstand der 3 anderen Alliierten. Daraufhin sollten wenigstens die bereits geschaffenen Fakten durch den wirtschaftlichen Anschluss der Saar an Frankreich legalisiert werden.

Für diese Politik war man aber auf die Mitarbeit und das Engagement von Einheimischen angewiesen. Man fand solche Leute vornehmlich im Kreis von zurückgekehrten Emigranten, Widerstandskämpfern, ehemaligen KZ-Häftlingen.

So wurde z.B. Johannes Hoffmann von den Franzosen aus seinem Asyl in Brasilien zurückgerufen in der Absicht, ihn zum saarlän-

dischen Repräsentanten ihrer Politik zu machen. Mit diesen Leuten, neben Johannes Hoffmann, Edgar Hektor, Emil Strauß, Erwin Müller, Richard Kirn und Heinz Braun, betrieb man bereits Anfang 1946 die Gründung von politischen Parteien, die bereit waren, die politischen Ziele Frankreichs zu unterstützen und mitzutragen: nämlich die Abtrennung des Saarlandes von Deutschland und die wirtschaftliche Vereinigung des Landes mit Frankreich.

So entstanden die CVP – Christliche Volkspartei, die SPS – Sozialdemokratische Partei Saar und die DPS – Demokratische Partei Saar als bürgerliche Parteien sowie die DKP.

Daneben gab es als politische Bewegung noch das MRS – Mouvement pour le Rattachement de la Sarre à la France, das am intensivsten die völlige Einverleibung durch Frankreich verfocht. Aus Vertretern dieser Parteien und Gruppierungen wurde im Frühjahr 1947 eine Verfassungs-Kommission gebildet mit dem Auftrag, den Entwurf einer saarländischen Verfassung auszuarbeiten, die Grundlage für ein eigenes Staatsgebilde sein sollte. Der Inhalt dieser Verfassung entsprach mehr oder weniger den herkömmlichen Verfassungen demokratischer Staaten. Die wichtigsten Festlegungen dieser Verfassung fanden sich jedoch - entsprechend der französischen Zielsetzung - in einer Präambel: Nämlich die Festschreibung des wirtschaftlichen Anschlusses an Frankreich mit Zoll- und Währungseinheit und die Losrennung und politische Unabhängigkeit des Saarlandes vom Deutschen Reich. Auslandsvertretung und Landesverteidigung oblagen der französischen Republik. Ein hoher Kommissar mit VO-Recht sollte die Einhaltung dieser Festlegungen garantieren.

Am 5.10.1947 fand eine Landtagswahl statt, an der nur die 4 von den Franzosen zugelassenen Parteien teilnehmen durften. Am 15.12.1947 verabschiedete der neu gewählte Landtag als gesetzgebende Versammlung mit großer Mehrheit die Verfassung, ohne dass sie zuvor veröffentlicht worden wäre. Auch eine Volksabstimmung über diese Verfassung fand nicht statt. Mit der Be-

schlussfassung durch den Landtag war der von Frankreich gewünschte und gewollte Eindruck in der Weltöffentlichkeit von einer freien demokratischen Entscheidung des Saarlandes erreicht.

Von den bei der Wahl am 5.10.1947 in den Landtag gewählten Parteien wurde von CVP und SPS eine Koalitionsregierung gebildet und Johannes Hoffmann als Ministerpräsident gewählt.

Diese Regierung hatte keine leichte Aufgabe vor sich: Das zerstörte Land musste wieder aufgebaut werden. 60% des Wohnraumes und 40% der Industrie- und Geschäftsbauten waren zerstört, die Verkehrswege nur notdürftig hergerichtet.

Ich stehe nicht an, die Aufbauleistungen der Regierung Hoffmann in diesen schweren Jahren nicht anzuerkennen.

Die Menschen hatten Hunger und brauchten ein Dach über dem Kopf.

Aber: Die führenden Politiker in den von den Besatzungsmächten geschaffenen neuen Bundesländern in Deutschland hatten die gleichen Probleme. Deshalb lud der bayrische Ministerpräsident die Ministerpräsidenten der übrigen deutschen Länder - auch aus der Ostzone – am 6.6.1947 zu einem Gedankenaustausch nach München ein. Im Saarland erging die Einladung an die Vorsitzenden der Verwaltungskommission Johannes Hoffmann und Erwin Müller. Beide erteilten dieser wichtigen und bedeutungsvollen Einladung eine Absage mit der Begründung:

Wörtlich:

„Da die saarländische Wirtschaft bereits jetzt nach Frankreich orientiert ist und sich immer mehr dorthin entwickelt, ist die Entsendung eines saarländischen Vertreters zur Tagung zweck- und gegenstandslos.“

Ich meine: Besser konnten die beiden Herren ihre politische Ausrichtung und Absichten nicht dokumentieren.

Denn in der Tat: Im innenpolitischen Bereich wurde alles getan, das eigene Staatsgebilde, die Autonomie und die wirtschaftliche Verflechtung mit Frankreich zu festigen. Es gab eine eigene saar-

ländische Staatsangehörigkeit, einen französischen Pass, eine Landesflagge in den Farben blau-weiß-rot (weißes Kreuz auf blau / rotem Grund). Zahlungsmittel war der französische Franc, die Grenzen nach Frankreich waren offen, die nach Deutschland geschlossen.

Die politischen Freiheiten waren ganz wesentlich eingeschränkt. Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Organisations- und Versammlungsfreiheit gab es nur für diejenigen, die die Präambel der Verfassung anerkannten.

Überwacht wurde das Ganze von einem Hohen Kommissar, Gilbert Grandval, in seinem Amtssitz Schloß Halberg und von der französischen Geheimpolizei Surete´ unter anderem durch Telefonüberwachung, Postkontrolle, Bespitzelung und ähnlichem. Die Abschottung war perfekt.

Mit eigenen Mannschaften bei der Olympiade 1952 in Helsinki und bei den Ausscheidungsspielen zur Fußballweltmeisterschaft 1954 wollte man seine Eigenständigkeit demonstrieren. Der Wunsch nach einem eigenen Bistum Saarland scheiterte aber am Widerstand der katholischen Bischöfe von Trier und Speyer.

Mit der Normalisierung der täglichen Lebensabläufe erhielten aber plötzlich andere Interessenlagen wieder Gewicht und Bedeutung. Die Einschränkung der persönlichen Freiheiten wurde mehr und mehr als Bevormundung empfunden, die Bemühungen der französischen Statthalter um eine „penetration culturelle“ also um eine kulturelle Umwandlung und Durchdringung sogar als lästig gewertet.

Nichts gegen die französische Kultur – im Gegenteil; aber die Zielsetzung, mit der man sie uns nahe bringen wollte, stimmte nicht.

So fanden sich bald Männer und Frauen, die nicht bereit waren, ihr Deutschtum aufzugeben und das separatistische Staatsgebilde von Frankreichs Gnaden weiter mitzutragen. Da an die Gründung einer eigenständigen oppositionellen Partei nicht zu denken war, traten Richard Becker, Dr. Heinrich Schneider, Paul Simonis und andere 1950 in die damals unbedeutende separatistische DPS ein, übernahmen dort bald Führungsfunktionen und krepelten so über Nacht diese Partei durch Unterwanderung zu einer deutsch ausgerichteten Oppositionspartei um. Die Überraschung im Land war groß.

Erste Versammlungen in kleineren Ortschaften fanden regen Zuspruch der Bevölkerung. Anfang März 1951 wurde dann in St. Ingbert im Karlsbergsaal die erste größere Versammlung durchgeführt und die Lösungsvorschläge der DPS zur Regelung der Saarfrage vorgestellt.

Die Zustimmung der Teilnehmer war eindeutig.

Es folgten weitere Veranstaltungen, so in Homburg und Dillingen. Hauptredner waren Richard Becker und Dr. Heinrich Schneider. Nun sollte auch in der Landeshauptstadt Saarbrücken eine Großkundgebung durchgeführt werden und zwar am 6. Mai 1951 im damals größten Saal der Stadt, dem Johannishof. Neben den einheimischen Rednern R. Becker und Dr. H. Schneider sollten die Bundestagsabgeordneten Dr. von Brentano, Dr. Kiesinger und Franz Josef Strauß als Redner auftreten.

Aber:

Einen Tag vor dem 6.5.1951 wurde die Durchführung dieser Versammlung verboten, die eingeladenen Gäste aus dem deutschen Bundestag an der saarländischen Grenze zurückgewiesen und an der Einreise gehindert.

Strauß hat das dem Johannes Hoffmann nie vergessen.

Plötzlich war die DPS als der Gefahrenherd Nummer 1 für den Bestand des separatistischen Saarstaates ausgemacht. Am 21.5.1951 wurde die DPS als Partei verboten. Heute wissen wir: Mit diesem Verbot war der Untergang des separatistischen Regimes an der Saar eingeleitet.

Für das Jahr 1952 hatte die Regierung Hoffmann neue Landtagswahlen angesetzt. Die in Gründung befindliche CDU - Saar wurde dazu ebenso wenig zugelassen wie eine Deutsche Sozialdemokratische Partei – DSP. Man glaubte mit diesen Entscheidungen und dem Verbot der DPS die deutsche Opposition an der Saar ausschalten zu können.

Die Stimmung im Land war nicht gut. Die wirtschaftliche Entwicklung nahm nicht den gewünschten Verlauf. Die Verschuldung des Saarlandes gegenüber Paris wurde immer größer. Das Steueraufkommen des Landes reichte schon damals nicht aus, um die notwendigen Staatsausgaben zu decken. Die mit Frankreich 1951 getroffenen Konventionen, die eine Lockerung des französischen Dirigismus herbeiführen sollten, hatten nicht den gewünschten Erfolg.

Dagegen zeigte ein Blick über die Grenzen nach Deutschland, dass man dort in der inzwischen gegründeten Bundesrepublik recht gut leben konnte („Deutsches Wirtschaftswunder“) und dass es die Bundesregierung unter Adenauer durch eine kluge Außen- und Europapolitik verstand, zu den europäischen Nachbarn eine verlässliche Partnerschaft aufzubauen.

Dazu zeigte die illegale Tätigkeit der verbotenen deutschen Opposition mit Zeitungen, Flugblättern und Broschüren im Land erkennbar Wirkung.

Da die deutschen Parteien nicht an der Landtagswahl teilnehmen durften, riefen sie die Bevölkerung zur Wahlenthaltung bzw. zur Abgabe ungültiger (weißer) Stimmzettel auf. Als Verfechter dieses Kurses trugen wir alle eine Stecknadel mit weißem Kopf im Anzugsrevers.

Das Wahlergebnis bedeutete für Hoffmann ein Desaster. Nur 61% der Wähler gaben ihre Stimme den separatistischen Parteien CVP und SPS. Aber es gab 25% ungültige (weiße) Stimmzettel und 13% Wahlenthaltungen (Nichtwähler) zusammen also 38% ausgewiesene Gegner. Obwohl die Regierung Hoffmann mit ihrer erzielten Mehrheit weiter im Amt blieb, hatte sich die Situation für das Land durch diese Wahl schlagartig verändert. Im Ausland wurde man aufmerksam. Das einflussreiche politische Magazin „New Statesman and Nation“ kommentierte: *„Die Unstimmigkeit um das Saarland besteht darin, dass die Leute darauf bestehen, Deutsche zu sein.“*

Auch Hoffmann stellte fest, dass er die Zielrichtung seiner Politik ändern musste. Plötzlich war nicht mehr so sehr die Rede von einem selbständigen Saarstaat, getrennt von Deutschland und wirtschaftlich integriert nach Frankreich. Nunmehr spielte man die europäische Karte, sprach von einem anzustrebenden Statut für die Saar, der „Kernzelle Europas“. Hintergrund für diesen Sinneswandel waren neben dem immer größer werdenden Widerstand im eigenen Land die fortschreitende Normalisierung des deutsch – französischen Verhältnisses und die Aufnahme der BRD in die EWU (Europäische Wirtschafts Union). Diesen Beitritt der BRD zum „Brüsseler Pakt System“ machte die französische Regierung aber überraschend von einer ihr genehmen Klärung der Saarfrage abhängig.

Nach zum Teil dramatisch verlaufenen Verhandlungen wurde am 23.10.1954 das „Abkommen zwischen der Regierung der BRD und der Regierung der französischen Republik über das Statut der Saar“ unterzeichnet.

Wesentlicher Inhalt dieses Abkommens war, dass der Saar im Rahmen der EWU ein europäisches Statut gegeben werden sollte, das im Wege einer Volksabstimmung zu billigen sei.

Ein europäischer Kommissar sollte das Saarland in außen- und verteidigungspolitischen Belangen vertreten und die Beachtung des Statuts überwachen. Die französisch-saarländische Währungs- und Zollunion sollte auch für die Zukunft verbindlich sein.

(Deutliche Anlehnung an das Völkerbundstatut von 1920)

Der Termin für die Volksbefragung wurde auf den 23. Oktober 1955 festgesetzt. Die Einräumung der politischen Freiheiten sollte 3 Monate vorher, also am 23. Juli 1955 erfolgen. Das also war der äußere Rahmen, waren die Fakten in der Entwicklung der Saarfrage.

Was aber geschah im inneren Bereich, im Lande selbst?

Nach der sogenannten „weißen Wahl“ 1952 und dem unerwartet guten Ergebnis für uns herrschte Einmütigkeit darüber, dass wir unseren Widerstand gegen das separatistische System verstärkt – wenn auch im Untergrund – fortsetzen mussten. Neben unserer ehrlichen Überzeugung und unserem guten Willen waren unsere Möglichkeiten aber eher bescheiden. Neben einer gezielten Mund zu Mund Propaganda in den Familien, am Arbeitsplatz, in den Vereinen und am Stammtisch hatten wir Flugblätter, im wesentlichen von Dr. Heinrich Schneider, Richard Becker, Ludwig Bruch, Walter Henn und anderen Aktivisten verfasst, die wir in nächtlichen Aktionen in die Briefkästen und unter die Haustüren schoben. Daneben gab es Druckschriften und Prospekte, die wir wegen ihrer geringen Stückzahl nur gezielt verteilen konnten. Diese Schriften, mit denen wir unsere Aufklärungsarbeit betrieben, wurden ebenso wie die „Deutsche Saarzeitung“ im Bundesgebiet gedruckt und mussten in nächtlichen Aktionen über die Grenze geschmuggelt werden. (z.B. im Rucksack zu Fuß oder mit der Eisenbahn auf Tendern von Lokomotiven versteckt)

Hier möchte ich heute noch dem damaligen Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, danken, ohne dessen ideelle und finanzielle Unterstützung - oft im Widerspruch zur Haltung Adenauers – unsere politische Arbeit nicht möglich gewesen wä-

re. Dasselbe gilt für die Mitglieder und Förderer des „Deutschen Saarbundes e.V.“, der für uns als sogenannte „logistische Zentrale“ im Bundesgebiet tätig war.

Da die „deutschen Parteien“ verboten waren, stand uns offiziell keine Organisation zur Verfügung, über die wir unsere Aufklärungsarbeit hätten abwickeln können. Wichtig war es daher, in den Städten und Gemeinden landesweit Stützpunkte zu haben, d.h. Freunde der deutschen Sache, gleich welcher parteipolitischen Couleur, die bereit waren, vor Ort die Verteilungsarbeit zu übernehmen und als Multiplikatoren zu wirken.

Dabei soll nicht unerwähnt bleiben, dass das, was wir taten, illegal war; wenn uns die Polizei erwischte, drohten empfindliche Strafen. Aber daran dachten wir nicht. Im Gegenteil, der Zuspruch für unsere Bewegung wurde von Jahr zu Jahr größer.

Ein besonderes Erlebnis war dann die Fußball-Weltmeisterschaft 1954 in der Schweiz. Die Spiele der deutschen Mannschaft wurden im Saarland mit demselben Interesse und derselben Begeisterung verfolgt wie im übrigen Deutschland. Als dann die deutsche Mannschaft im Endspiel die Ungarn besiegte, kannte die Begeisterung keine Grenzen. Überall in den Gaststätten, in denen Fernsehgeräte aufgestellt waren, standen die Leute auf den Stühlen und sangen voll innerer Bewegung das Deutschlandlied mit. Eine Welle der nationalen Begeisterung hatte das Saarland erfasst.

Für unsere politische Arbeit war diese Entwicklung von unschätzbarem Wert.

Als aber dann Ende 1954 Anfang 1955 die Einzelheiten des von Adenauer mit Frankreich ausgehandelten Saarvertrages bekannt wurden, herrschte in unseren Kreisen zunächst Niedergeschlagenheit und Enttäuschung. Aus den verklausulierten Regelungen konnte jeder das herauslesen, was ihm passte.

Unsicherheit machte sich breit. In vielen Diskussionen wurde das Für und Wider erörtert.

Bei einem „Ja“ bestand die Chance, bei der folgenden Landtagswahl mit Mehrheit in den Landtag einzuziehen und von daher vielleicht die Verhältnisse zu ändern.

Aber: Da stand die Forderung der Franzosen im Raum:
Das Statut wird einmal unverändert in einem späteren Friedensvertrag mit Deutschland übernommen.

Das bedeutete die Europäisierung unseres Landes. Nun hatten wir nichts gegen ein vereintes Europa. Aber wir wollten mit Deutschland nach Europa und nicht auf dem Altar eines damals noch reichlich imaginären Europa - und daran hat sich bis heute fast nichts geändert - geopfert werden.

So setzte sich nach und nach die Einsicht durch, dass wir nur mit einem klaren „Nein“ unser Ziel – Rückkehr nach Deutschland – erreichen konnten. Wir gingen davon aus, dass bei einer eindeutigen Ablehnung des Statuts neu verhandelt werden müsste und darin sahen wir unsere Chance.

Aber ein anderes Faktum bedrückte uns noch sehr. Der Vertrag sah vor, dass erst 3 Monate vor dem Referendum die politischen Freiheiten gewährleistet sein mussten. Es stellte sich die Frage: Reichen diese 3 Monate aus, die saarländischen Wähler von der Richtigkeit unserer Aussage zu überzeugen?! 10 Jahre hatten unsere politischen Gegner Zeit gehabt, unter Einsatz aller propagandistischen Möglichkeiten (Veranstaltungen, Presse, Rundfunk und auch schon Fernsehen) auf die Bevölkerung in ihrem Sinne einzuwirken.

Und da kam uns die Erkenntnis: Wenn es uns gelänge, ähnlich wie bei der Fußball-Weltmeisterschaft 1954 erlebt, eine Welle der nationalen Begeisterung zu erzeugen, dann müsste es möglich sein, eine klare Mehrheit für unser „Nein“ zu gewinnen.

Wir sind später von unseren politischen Gegnern häufig als „Nationalisten“ und „Nazis“ beschimpft worden.

Dabei war unser Verhalten ganz einfach nur Berechnung, von der Taktik bestimmt. Wir haben bewusst die nationale Karte gespielt, um zu dem gewünschten Erfolg zu kommen. Wir waren gute Patrioten und handelten in dem Bewusstsein, unsere vaterländische Pflicht zu erfüllen.

Als dann am 23.7.1955 die Freiheit ausbrach, konnten die drei „deutschen“ Parteien mit stürmischem Elan (so Klaus Altmeyer in seinem Exposé über den 23. Oktober 1955) binnen 2 bis 3 Wo-

chen ihre örtlichen Gliederungen gründen und als vollwertige Landesverbände wirksam werden. Überall wurden Kundgebungen durchgeführt, gut besucht in überfüllten Sälen. Wie ein Sturm brauste es über das Land, eine unglaubliche Begeisterung hatte die Menschen erfasst. Auf Plakaten und Aufklebern der Slogan: „Der Dicke muss weg!“

Bei der ersten großen Veranstaltung der DPS am 30.7.1955 im Johannishof in Saarbrücken mit etwa 5000 Zuhörern im Saal und auf der Strasse begann Dr. Heinrich Schneider seine Rede mit den Worten:

„Wir sind wieder da. Wir kommen und die anderen müssen gehen!“

-Was einen Jubelsturm ohnegleichen auslöste-

Und so ähnlich verliefen unsere Veranstaltungen landauf und landab, landesweit über 1000!

Bis Mitte August 1955 – so hatten die Meinungsforscher festgestellt – lag die Zahl der „Nein“- Sager bei weit über 70%. Und jetzt geschah etwas, was niemand von uns für möglich gehalten hätte.

Die 3-Monatsfrist bis zum Referendum schien uns plötzlich zu lange. War es möglich, diese Hochstimmung bis zum 23.Oktober zu halten? Nun – es kam dann auch noch die „Bochumer Erklärung“ Adenauers mit der Aufforderung an die Saarländer mit „Ja“ zu stimmen. Die „deutschen Parteien“ reagierten auf diesen „Tiefschlag“ mit der Gründung des „Deutschen Heimatbundes“. Alle Veranstaltungen und Aktivitäten fanden von nun an nur noch gemeinsam unter diesem Namen statt.

Der Wahlkampf wurde noch einmal intensiviert und am 23.Oktober 1955 stimmten 67,7% der Wahlberechtigten mit „Nein“ und lehnten damit das Saar-Statut ab.

Das Wunder an der Saar, wie Dr. Schneider es nannte, war eingetreten, herbeigeführt von Männern und Frauen, die mit unerschütterlichem Willen und selbstlosem Einsatz nur ein Ziel vor Augen hatten: Deutsche zu sein in einem deutschen Land, wie ihre Väter, ihre Mütter und ihre Vorfahren es waren!

Der damalige Bundespräsident Professor Heuss hat dieses Ereignis in einer Feierstunde am 26. Januar 1957 im Saarbrücker Staatstheater mit den Worten gekennzeichnet:

*„Das Volk steht im Gesetz der Ewigkeit,
der Staat im Gesetz wechselvoller Geschichte.
In diesem Vorgang des 23. Oktober 1955
ist das Ewige über das Gegenwärtige Herr geworden“.*